

Dennis Riehle

Monetarisierung des Bürgerschaftlichen Engagements:

Zurück zu den Wurzeln des Ehrenamtes

Aufwandsentschädigungen für ein Ehrenamt sind nicht neu. Auch nicht hier in Konstanz. Nun hat der Oberbürgermeister einen Vorstoß unternommen, um mit einer Reform den Gemeinderat zu stärken und die Aufgaben besser zu verteilen. Dass dabei auch manche Verfahren abgekürzt und somit möglicherweise die Entscheidungsbefugnisse der Kommunalpolitiker beeinträchtigt werden könnten, wolle das Stadtoberhaupt laut Kritikern mit einer Anhebung der Aufwandsentschädigung für die Gemeinderäte ausgleichen. Doch diese Erhöhung der Gelder ist nun zum Zankapfel zwischen den Ehrenamtlichen geworden – und das nicht überraschend, denn Land auf, Land ab wird die Diskussion um die Monetarisierung der freiwilligen Arbeit in den letzten Jahren immer lauter. Nicht zuletzt große Verbände heizen einen Wettbewerb um die besten Engagierten an. Das hat etwas von einer Ablöse großer Fußballer im Kleinen. Da wird mittlerweile von mancher Hilfsorganisation mehr als der Mindestlohn für Engagierte geboten, die ihren Dienst eigentlich aus dem Wortsinne heraus zur „Ehre“ erbringen sollen.

In Zeiten wachsender Geringverdiener, Langzeitarbeitsloser und Ein-Euro-Jobber wird das Ehrenamt zu einem Nebenverdienst. Doch dafür war es nicht gedacht. Aufwandsentschädigungen sollen den Aufwand entschädigen, den beispielsweise ein Gemeinderat hat, wenn er in der Arbeitszeit die Sitzungen besucht und sich dafür vorbereiten muss. Da geht es nicht um entgeltlichen Ersatz, sondern seine Mühen sollen gewürdigt werden. Generell könnte man davon ausgehen, dass jeder freiwillig Engagierte Investitionen für sein Tun erbringt – ob in Zeit, Geld oder immateriellen Ressourcen. Dafür sind entsprechende Kostenerstattungen und Entschädigungen gesetzlich vorgesehen – und legitim. Doch während ein Stadtrat ein öffentliches Amt übernimmt, kann sich ein Vereinsvorstand frei in seiner Arbeit entfalten. Zwar haben sich beide ihre Position ausgesucht, doch unterscheiden sie sich in Verantwortung und Ausführung ihrer Funktion.

Trennung der „Ehrenämter“

Für mich ist deshalb das kommunalpolitische Mandat auch kein Ehrenamt im klassischen Sinne – und darf nicht als Richtschnur in der Debatte um die Monetarisierung des Freiwilligendienstes herangezogen werden. Ich wende mich nicht gegen Aufwandsentschädigungen, aber sie müssen verhältnismäßig sein. Ehrenamt muss in erster Linie weiterhin aus Bereit-

schaft zum gemeinnützigen Tun an der Gesellschaft motiviert bleiben, nicht am Geld orientiert. Es soll nicht zur subventionierten und niederschweligen Arbeitsbeschaffung verkommen, das ist nicht Wert und Würde von Ehre. Messen wir es an Barem, würden wir nicht nur Prinzipien zerstören, sondern auch Neiddebatten befördern, die das Ehrenamt in ohnehin schwierigen Zeiten von anspruchsvoller Nachwuchsfindung und komplexen Herausforderung nicht brauchen kann.

Und doch ist es auch nicht damit getan, wenn wir uns zurücklehnen und als Anbieter eines Ehrenamtes feststellen, dass wir ja die Unkosten erstatten, die der Freiwillige in die Arbeit einbringt. Denn jeder, der eine ehrenamtliche Stelle vergibt, steht genauso wie der unentgeltlich Tätige in einer besonderen Verpflichtung: Sie misst sich an der Anerkennung, die wir denjenigen zukommen lassen, die aus freien Stücken bereit sind, sich in einem Job zu engagieren, den sie eigentlich nicht leisten müssten. Wir nehmen das Ehrenamt heute oftmals als viel zu gewöhnlich an. Im Rahmen des Rückzugs des Staates aus seinen grundgesetzlichen Aufgaben zur Sicherstellung des Sozialstaates in den vergangenen Jahrzehnten wurde es „normal“, dass sich Bürger kostenfrei für das Gemeinwohl einsetzen. Auch wenn es niemand zu sagen wagte, spürte man doch unterschwellig einen Druck auf jeden Einzelnen, über den Beruf und den eigenen Alltag hinaus noch zusätzlich etwas für die Gesellschaft zu geben. Politiker betonen ständig neu die Bedeutung des Ehrenamtes, fordern stets zu noch mehr Engagement auf – obwohl die Deutschen bereits zu den Spitzenreitern gehören, was den Freiwilligendienst angeht, und sich eigentlich nicht für das schämen müssten, was sie im solidarischen Sinne leisten.

Die Ursprünge neuerlich entdecken...

Statt einer Monetarisierung Tore und Türen zu öffnen, wäre es notwendig, das Ehrenamt wieder zu seinen Wurzeln zurückzuführen. Nicht nur, was seinen Status betrifft, sondern auch, was seinen Stellenwert angeht. Die Erwartungshaltung, als ordentlicher Bürger müsse man sich freiwillig engagieren, ist falsch. Das nähme diesem „Amt“ nämlich seinen Aspekt der Nicht-Selbstverständlichkeit. Es erhält durch seine Einladung zum Mitmachen seinen Reiz, seine Betonung und auch seine Bedeutung – nicht durch den unausgesprochenen Zwang, mit Ehrenamt zu einem besseren Menschen zu werden. Es ist keine Routine, wenn wir etwas geben, das über das übliche Maß an Selbstlosigkeit hinausgeht. Natürlich lebt das Ehrenamt von der Anerkennung – und selbstverständlich gehört sie zu einem wesentlichen Maß an Sinn, weshalb Menschen überhaupt freiwillig engagiert sind. Und gerade diese Würdigung kann den ehrenamtlichen Dienst und seinen Aktiven nur dann zuteil werden, wenn er wieder etwas Besonderes wird. Wenn wir Ehrenamt vergüten, erwecken wir den Eindruck, freiwillige Leistung wäre käuflich. Doch das ist sie nicht. Sie kann allein aus Überzeugung für die gute Sache erwachsen.

Freilich kann und darf Wertschätzung auch durch eine entgeltliche Aufwandsentschädigung ihren Ausdruck finden. Gerade, wenn eine Arbeit geleistet wird, die über die Maße des mit einem Freiwilligendienst vereinbarten Spektrums hinweg reicht oder ein messbarer oder

unzähliger Input aufgewendet wird, ist es allemal ehrwürdig, diesen Einsatz auch im Rahmen der dafür vorgesehenen Paragraphen mit einer finanziellen Gage zu unterstreichen. Ich habe auch nichts dagegen, wenn ein Rentner oder ein „Hartz IV“-Empfänger mit einem Ehrenamt einen kleinen Obolus hinzubekommt – wenngleich ich es schäbig finde, dass dies in unserem reichen Land überhaupt nötig ist. Doch das Geld darf nie alleiniger Beweggrund dafür werden, ein Ehrenamt anzunehmen oder es auszuscheiden. Denn die immer häufiger werdende Praxis, dass sich Arbeitgeber mit der Verlagerung regulärer Arbeitsplätze in das Ehrenamt aufwändige Versicherung und Zusatzkosten sparen, ist nicht nur unmoralisch. Sie ist – wie die Aufnahme eines Freiwilligenamtes ausschließlich aus finanziellen Aspekten heraus – ethisch verwerflich. Denn wir ruinieren dadurch nicht nur unseren Arbeitsmarkt und betrügen unsere Sozialkassen, sondern verweigern vor allem den Engagierten notwendigen Schutz und Absicherung, den sie in einem pflichtigen Job hätten.

Attraktivität anderweitig stärken

Nein, mit einem Ehrenamt kann man nicht reich werden. Und man soll es auch nicht. Freiwilliger Dienst für die Gesellschaft ist eine Herzensangelegenheit. Solch ein Ideal verkauft man nicht – auch nicht in Augenblicken eines immer stärker umworbene Arbeitsmarktes mit Fachkräftemangel und zunehmendem Bedarf an sozial Handelnden. Ich will nicht von „Ausbeutung“ sprechen, wenn mir immer wieder Berichte von nicht Nein sagen Könnenden zu Ohren kommen, die weit über ihre Belastungsgrenze hinausgehen und sich für ihre Mitmenschen aufopfern. Denn immerhin sind wir im Ehrenamt glücklicherweise frei, zu entscheiden, was wir tun – und so muss es auch bleiben. Aber dennoch ist es unverantwortlich, wenn wir uns nicht wieder vermehrt darauf konzentrieren, wie wir den Freiwilligendienst anderweitig attraktiv machen als durch die Monetarisierung. Die Sehnsucht nach neuen Würdigungskulturen, nach offener gestalteten Rahmenbedingungen für projektbezogenes Engagement und weniger Verpflichtung gerade für junge Ehrenamtliche sind Stichworte, die uns dorthin zurückführen sollten, wohin das Ehrenamt eigentlich gehört: auf den Thron unserer Zivilgesellschaft.

Autor

***Dennis Riehle**, ausgebildete PR-Fachkraft und Freier Journalist, leitet seit 2005 ehrenamtlich Selbsthilfegruppen im Landkreis Konstanz, war viele Jahre Sprecher des Selbsthilfenetzwerkes vor Ort, betätigt sich weiterhin als Leiter einer Sozial- und Pflegesprechstunde, in der Nachbarschaftshilfe und in Bürgerbeteiligungsprojekten. Seine freiwillige Tätigkeit begann er mit 14 Jahren in der Gemeinde- und Jugendarbeit der evangelischen Kirche.*

Kontakt: Selbsthilfe-BE@riehle-dennis.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin

Tel: 030 629 80-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de